



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/47 - 26.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Neuwahlen zum Bundestag - auch eine internationale Notwendigkeit	S. 1
Unsichere USA Asienpolitik	S. 3
Zur Krise der SED	S. 4

Nach Lissabon

A.E. Über den Verlauf der Lissaboner Atlantikpakt-Konferenz werden die USA wohl der am meisten zufriedengestellte Partner sein. Sie bekamen es in einer "historischen Sitzung" schwarz auf weiß bestätigt: Die Europa-Armee, ihr Lieblingsprojekt, steht, wenn auch nur auf dem Papier, ihre Errichtung wurde von allen Partnern im Prinzip gebilligt und sie soll Ende 1954 schon 43 Divisionen umfassen. In der Überweisung des deutschen Memorandums über die Höhe des finanziellen Verteidigungsbeitrages können die USA, wie auch die übrigen Mitglieder der NATO, eine grundsätzliche Zustimmung der Deutschen Bundesrepublik erblicken - an sich ein erstaunlicher und erschütternder Vorgang, denn bis jetzt liegt überhaupt kein Beschluß einer verantwortlichen deutschen parlamentarischen Instanz vor, aus dem die Bundesregierung eine so weitgehende Verpflichtung und Festlegung ableiten kann. In die Geschichte wird diese Lissaboner Tagung als die eigentliche Geburtsstunde der Europa-Armee eingehen. Grund genug für die USA, in diesem "Ergebnis" die krönende Rechtfertigung ihrer bisherigen Europa-Politik zu erblicken.

Die amerikanische Europa-Politik, die heute zum Großteil von innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht immer zum Guten beeinflusst wird, läuft Gefahr, an der Unzulänglichkeit der angewandten Mittel und Methoden sich selbst in Frage zu stellen, so weit es ihr auf eine möglichst effektive gemeinsame Abwehr der sowjetischen Bedrohung ankommt. Die Frage des deutschen Wehrbeitrags, wie sie von der Bundesregierung und den USA behandelt wird, hat - wer will es noch leugnen - mehr als irgendein anderes Ereignis zur Erschwerung der angestrebten westeuropäischen Einheit beigetragen. Gegensätze wurden aufgerissen, die an die schlimmsten Nachkriegsjahre erinnern. Noch nie war die Kluft zwischen Frankreich und Deutschland größer als in diesen Tagen, wobei völlig unerfindlich bleibt, wie diese Kluft im gegenwärtigen geistig-politischen Klima Europas überhaupt überbrückt

werden kann - außer vielleicht durch eine zweite bedingungslose Kapitulation ... Und dies nach der deutschen Unterzeichnung des Schuman-Plans, der Frankreich ein entscheidendes Mitspracherecht über das deutsche Wirtschaftspotential einräumte.

Ein Hauptgrund, warum die USA heute so stark auf die deutsche Karte setzen, ist die politische Anfälligkeit Frankreichs und Italiens. Völker, die zu einem Drittel vom Kommunismus zerstückelt sind, die in einem kräfteverschleißenden Kampf gegen die Kommunistische Partei im eigenen Lande stehen, haben keinen vertrauenerweckenden militärischen Kampfwert. Im Ernstfalle wird jede Mobilisierung von wirkungsvoller kommunistischer Sabotage begleitet sein. Frankreich hat das schon einmal im Jahre 1935 erlebt, als die Kommunisten auf Moskauer Weisung massenhaft desertierten, und eine Wiederholung scheint nicht ausgeschlossen.

Das deutsche Volk dagegen ist im Großen und Ganzen gegen den Kommunismus und seine Verlockungen gefeit. Als eines der wenigen Länder Mitteleuropas zählen seine Kommunisten zu den hoffnungslosen Minderheiten, die im normalen Spiel der parlamentarischen Kräfte niemals zum Zuge kommen werden. Das deutsche Volk zog aus unmittelbarer Kenntnis der im Kommunismus vorhandenen Gefahren seine Folgerungen; seine politische Moral blieb in dieser Hinsicht intakt und es leistete, waffenlos, auf dem strategisch exponiertesten Teil der Erde den bisher wichtigsten Verteidigungsbeitrag für die gemeinsame Sache des Westens.

Den USA sollte nicht verborgen bleiben, daß die deutsche Wiederbewaffnung in den von den Alliierten gewünschten Rahmen und Bedingungen dieser inneren Geschlossenheit des deutschen Volkes tödliche Schläge versetzen kann. Hier werden innerhalb der Bundesrepublik Gegensätze aufgetan und Leidenschaften ausgelöst, die in ihren Auswirkungen noch folgenschwerer sind als die derzeitige Kluft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Nicht mehr und nicht weniger als die deutsche Demokratie, die es ja mit zu schützen gilt, steht auf dem Spiel. Gewiß: Neuwahlen zum Deutschen Bundestag sind eine rein deutsche Angelegenheit, ihre internationale Bedeutung und Notwendigkeit ergibt sich jedoch aus der schlichten Tatsache, daß jeder deutsche Verteidigungsbeitrag von dieser von der Mehrheit der Deutschen nicht mehr getragenen Regierung durchgepeitscht, ein Torso bleiben muß. Nirgendwo in der Welt hat Dauer gehabt, was gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit des Volkes geschah. Das sollten auch die USA bedenken, wollen sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, mit einer Schicht im deutschen Volk identifiziert zu werden, deren Haltung und Vergangenheit im deutschen Volk selbst tiefstem Mißtrauen begegnet.

+ + +

Korea und kein Ende

f. Es war schon fast eine Überraschung, daß der amerikanische Außenminister Acheson auf der Atlantikpakt-Konferenz in Lissabon den Abschluß eines Waffenstillstands-Abkommens in Korea für das kommende Frühjahr in Aussicht stellte. Die nun seit Monaten zwischen Abbruch und mühsamen Weiterschleppen schwebenden Verhandlungen in Panmunjon sind bei der mißtrauensvollen Vorsicht auf beiden Seiten so kompliziert geworden, daß man befürchten mußte und noch befürchten muß, sie würden nie zu Ende gehen. Die Voraussage Achesons kann den inzwischen tiefeingefressenen Pessimismus nur wenig vermindern, zumal er öffentlich nicht bekanntgegeben hat, worauf er sie stützt. Es ist immerhin zu allen bereits vorhandenen Schwierigkeiten eine neue hinzugetreten. Es handelt sich um die chinesische Forderung, daß zu den neutralen Staaten, die die Einhaltung eines Waffenstillstands-Abkommens überwachen sollen, auch die Sowjetunion gehören müsse.

Die Sowjetunion ist als asiatische Macht an jeder fernöstlichen Regelung aufs stärkste interessiert. Gegen ihren Willen wird ein Waffenstillstand in Korea nicht zustandekommen. Wenn Washington sich gegen eine Hinzuziehung der Sowjetunion zu den überwachenden Mächten sperrt, dann hat es keine Schwierigkeit glaubhaft darauf hinzuweisen, daß Moskau in dem koreanischen Konflikt unmöglich als neutral angesehen werden kann, wenn es auch nie gelungen ist, ihm eine unmittelbare Beteiligung nachzuweisen. Polen und die Tschechoslowakei werden vom Hauptquartier der Vereinten Nationen akzeptiert.

Die Kommunisten behaupten, was weder schlüssig bewiesen noch widerlegt werden kann, daß sie eine große Friedensregelung für ganz Asien anstreben. Nach den bisherigen trüben Erfahrungen ist der Westen, vor allem Washington, sehr skeptisch. Er will und kann sich nicht überrumpeln lassen. In Jalta und Potsdam hat er Illusionspolitik getrieben und ist dabei von den Russen mühelos überfahren worden. So dem fürchtet er große internationale Konferenzen und ist bestrebt, lieber Schritt für Schritt vorzugehen. Im Falle Korea bedeutet das, zunächst einmal für den Waffenstillstand auf diesem begrenzten Raum zu sorgen. Die Behandlung aller weiteren Fragen, so sehr sie auch

mit dem koreanischen Problem verknüpft sind, soll auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Es erscheint im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung an diese Fragen heranzugehen wagt, bevor die Präsidentenwahl entschieden ist. Die Regierung Truman kann es sich nicht leisten, in den kommenden Monaten bis zum November das Problem der Anerkennung Chinas, des Schicksals Formosas oder nur der politischen Zukunft Koreas anzurühren, ohne sich um jede Aussicht im Wahlkampf zu bringen. Was aber aus der amerikanischen Asienpolitik werden wird, wenn die Republikaner ans Ruder kommen sollten, hängt weitgehend davon ab, wie ihr Präsident heißen wird. Taft erklärt sich bereit zu einem Krieg mit China, wenn ein Waffenstillstand mit Korea nicht zustandekommen sollte. Von Eisenhower, der im Gegensatz zu seinem Rivalen heute über eine reiche Europaerfahrung verfügt, könnte erwartet werden, daß er in Asien kurztritt. Sollte der nächste Präsident wiederum Truman heißen, dann darf es fast für sicher gelten, daß er seine Wiederwahl für eine Bestätigung des Kurses halten wird, den er mit der Entlassung MacArthurs begonnen und dann aus innerpolitischen Gründen nicht konsequent fortgesetzt hat.

+ + +

"Von den Massen losgelöst ..."

Von Will-Brandt, M.d.B.

Die Orgie der sowjetzonalen "Kritik und Selbstkritik" dauert an. In der vorigen Woche war der FDGB an der Reihe. Sein Bundesvorstand hat einer der ellenlangen Entschließungen zustimmen müssen. Diesmal, um den Bürokratismus in den Gewerkschaften auszurotten. Richtiger: In dem, was man in der Sowjetzone Gewerkschaften nennt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, werden der Wahrheit einige Konzessionen gemacht. Außerdem geht es aber diesmal um eine Generalüberholung des FDGB-Apparates, die man nicht unbeachtet lassen sollte.

In der Entschließung ist vom Bürokratismus jener sowjetzonalen Gewerkschaftsbeamten die Rede, "die sich völlig von den werktätigen Massen losgelöst haben". Ihnen wird "Herzlosigkeit und Kälte

gegenüber den Sorgen unserer Arbeiter" vorgeworfen. Auch von Schönfärberei wird gesprochen, von Überheblichkeit und Kommandieren und von der "geradezu sträflichen Vernachlässigung" der täglichen Sorge um die Belange der Arbeitnehmer.

Dieses Urteil wird von den Zwangsmitgliedern des FDGB ohne weiteres unterschrieben. Sie werden auch damit einverstanden sein, wenn die Gewerkschaftsleitungen als "aufgeblähte Apparate" gekennzeichnet werden: Der Kreisvorstand des FDGB in Chemnitz hat 66 hauptamtliche Kräfte, bei der Bezirksleitung der IG-Chemie in Sachsen-Anhalt sind es ebenfalls über 60. Viele Gewerkschaftsleitungen werden als "bürokratische Anhängsel von Ministerien und Betriebsleitungen" kritisiert.

Besonders unzufrieden aber sind die Hintermänner der Selbstkritik mit der Tätigkeit des FDGB in Berlin. Ihm werden "besondere Schwächen" angekreidet. Die Hauptursache sei in "den starken Überresten des Sozialdemokratismus und des Versöhnertums" zu suchen. Außerdem sei ein "Zurückweichen vor der ideologischen Überzeugungsarbeit unter den Arbeitern Westberlins" festzustellen. Wichtiger als die selbstkritischen Feststellungen mit den darin enthaltenen Zugeständnissen an die Stimmung der breiten Schichten sind jedoch die Folgerungen, zu denen der FDGB-Vorstand gelangt ist. Dazu heißt es, daß der aufgeblähte Apparat um 50 Prozent vermindert werden soll. Einer der Gründe für die beschlossene Einschränkung dürfte darin zu suchen sein, daß die Einrichtungen des FDGB stark zurückgegangen sind. In zahlreichen Betrieben sind die Beiträge seit geraumer Zeit mehr als zögernd eingegangen. Es handelt sich aber auch darum, daß der gesamte FDGB-Apparat der Form und den Personen nach umgemodelt werden soll.

Ende vergangenen Jahres hatte die SED-Leitung angekündigt, daß der hauptamtliche Funktionärbestand des FDGB gründlich überholt werden würde. Man hat jetzt den Weg gewählt, vor allem aus dem FDGB selbst und aus den Industriegewerkschaften die älteren Funktionäre zu entlassen, bei denen "sozialdemokratische oder versöhnlerische Tendenzen" vermutet werden. Stattdessen wird das Schwergewicht des Apparats auf die Betriebsgewerkschaftsleitungen verlagert. Und in den Großbetrieben ist wiederum eine Verlagerung auf die Abteilungen vorgesehen. Das heißt mit anderen Worten, daß der sedistische Instrukteurtyp in noch stärkerem Maße als bisher zur Überwachung und zum Antreiben der Belegschaften eingesetzt wird.

Dieser Überwachungsapparat wird aus den Beiträgen der Zwangsgewerkschaftler finanziert. 40 Prozent der Beiträge sollen in Zukunft für die in den Betrieben tätigen Apparatschiks bereitgestellt werden. Und das wird dann noch als "eine in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung beispiellose Errungenschaft" hingestellt. Die Industriegewerkschaften sollen "in der Perspektive" die volle Verantwortung für die Sozialversicherung übernehmen. Dabei ist in erster Linie von der Platzverteilung in Sanatorien und Ferienheimen die Rede, jedenfalls mit keinem Wort von den echten Funktionen einer gewerkschaftlichen Organisation.